

VID-MITGLIEDERTAGUNG 2017

„Steuerrecht aktuell“

am 29.4.2017

in Frankfurt

Vortrag:

Prof. Dr. Christoph Uhländer

(Ertrag-)Steuerrecht als „Sanierungshindernis“?

(vgl. z.B. die Kritik von Piepenburg, ZInsO 2016, S. 661 ff.: Steuerrecht in der Insolvenz heute als Hauptthema der Diskussion in Berufsverbänden...)

▶ **Besteuerung der Sanierungsgewinne**

(BMF v. 27.03.2003, OFD FF v. 7.8.2015 ↔ BFH v. 25.3.2015 X R 23/13;
BFH-GrS v. 28.11.2016 GrS 1/15; EuGH-Urteil v. 16.3.2017 C-493/15 zur USt)
Ausblick: BR-Drucks. 59/1/17 v. 27.02.2017 zu § 3a EStG, § 3a GewStG ...)

▶ **Restschuldbefreiung** (FG MS v. 21.7.2016 – 9 K 3457/15 E, F)

▶ **Anwendung des § 55 Abs. 4 InsO im Ertragsteuerrecht?**

▶ **Aufteilung der ESt in der Insolvenz (Freigabe, Zwangsverwaltung etc.)**

▶ **Vergütung Insolvenztreuhänder** (BFH v. 4.8.2016 – VI R 47/13: keine WK, agB)

▶ **Besonderheiten bei PersG / KapG in der Krise / Insolvenz**

▶ **Aufgaben des StB in der Krise** (BGH-Urteil v. 26.01.2017 – IX ZR 285/14!)

(Umsatz-)Steuerrecht als „Sanierungshindernis“?

(vgl. z.B. die Kritik von Piepenburg, ZInsO 2016, S. 661 ff.: Steuerrecht in der Insolvenz heute als Hauptthema der Diskussion in Berufsverbänden...)

▶ **Umsatzsteuerrechtliche Organschaft in Krise / Insolvenz**

(vgl. OFD FF v. 11.7.2016; Jansen, BB 2016, S. 2263 ff.; Ebbinghaus/Neu, DB 2016, S. 1653 ff.; BFH v. 24.8.2016 – V R 36/15; BFH v. 15.12.2016 – V R 14/16)

▶ **Anwendung des § 55 Abs. 4 InsO im Umsatzsteuerrecht?**

(BMF v. 17.01.2012, 20.5.2015, 18.11.2015 ↔ BFH v. 24.9.2014)

▶ **Umsatzsteuerrechtliche Besonderheiten in der Eigenverwaltung**

▶ **Aufteilung / Aufrechnung der USt in der Insolvenz (Freigabe etc.)**

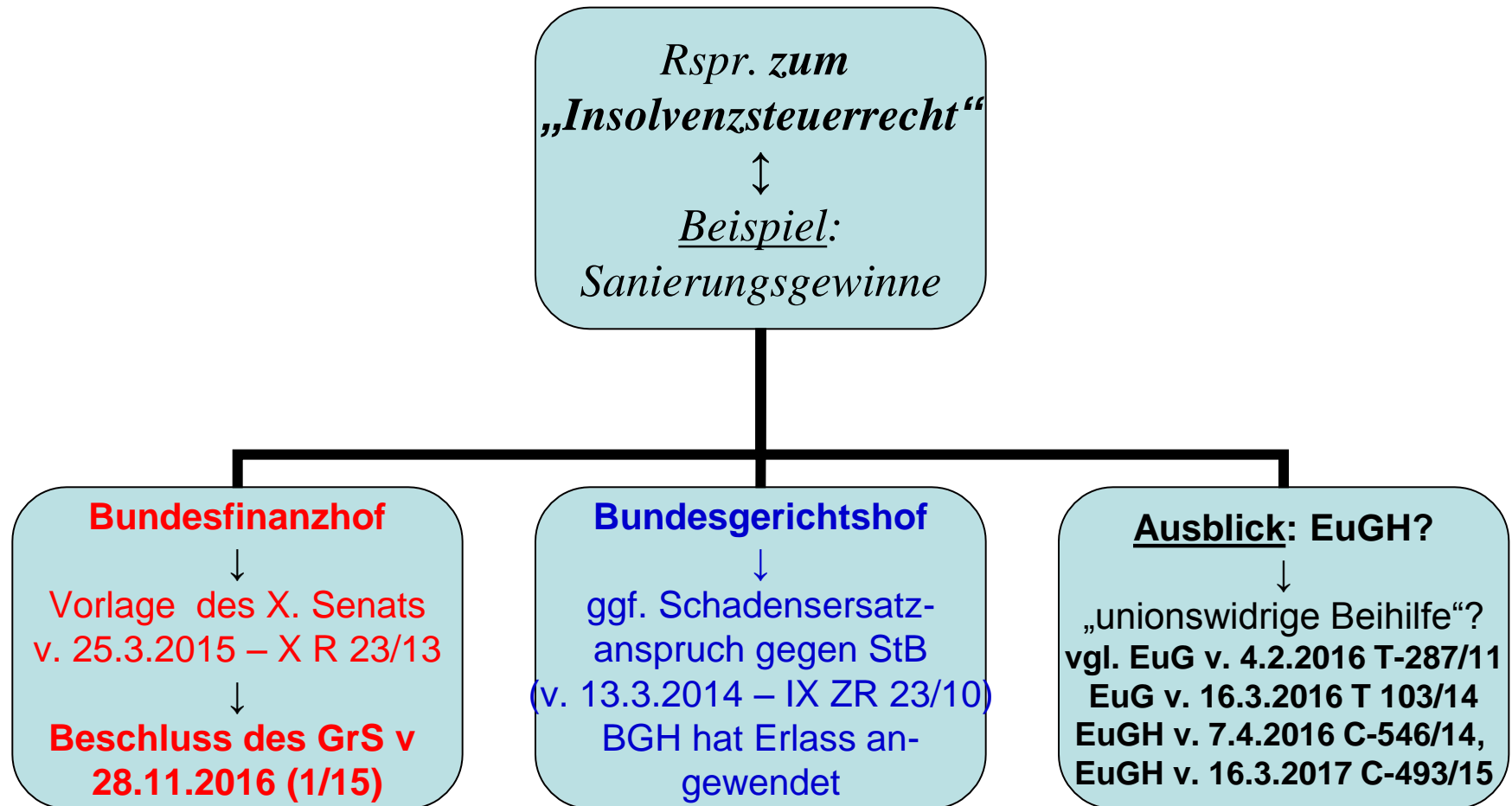
▶ **Vorsteuerabzug aus der Rechnung des Insolvenzverwalters**

▶ **Verwertungshandlungen in der Insolvenz**

Besteuerungsverfahren in der Krise / Insolvenz

Roth, ZInsO 2016, S. 1877 ff.: Sanierungserlass als unzulässige Beihilfe

Kahlert, ZIP 2016, S. 2107 ff.: Sanierungserlass ist keine Beihilfe



Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz – Sonderproblem: Wirkung der Restschuldbefreiung

► Bislang: **OFD NRW v. 21.11.2014: keine Rückwirkung RSB**

„Ein bei der Betriebsaufgabe entstandener Gewinn bzw. Verlust ist in Folge der eingetretenen Befreiung von betrieblichen Verbindlichkeiten nicht zu korrigieren. Die Restschuldbefreiung stellt kein rückwirkendes Ereignis im Sinne von [§ 175 Abs. 1 Satz 1 Nummer 2 AO](#) dar. Der Gewinn wird erst in dem Zeitpunkt realisiert, in dem die Restschuldbefreiung erteilt wird. Es liegen somit nachträgliche Betriebseinnahmen nach [§ 24 Nr. 2 EStG](#) vor. Auf infolge einer Restschuldbefreiung entstandenen Gewinns ist das zur ertragsteuerlichen Behandlung von Sanierungsgewinnen ergangene [BMF-Schreiben vom 27.3.2003, IV A 6 – S 2140 – 8/03, BStBl 2003 I S. 240](#) entsprechend anzuwenden.,,

Beachte: Nach Ansicht des **FG Münster im Urteil v. 21.7.2016 - 9 K 3457/15 E, F** hat der Beschluss über die Restschuldbefreiung eine Rückwirkung in das Jahr der Betriebsaufgabe zur Folge; sog. rückwirkendes Ereignis i.S.d. § 175 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 AO; danach ist auch eine Anlaufhemmung gem. § 175 Abs. 1 S. 2 AO zu beachten; d.h. das FA hat ab dem Jahr der RSB vier Jahr "Zeit", um die Änderung des VZ der Betriebsaufgabe vorzunehmen. *Das FG Münster hat die Revision zugelassen.*

Besteuerungsverfahren in der Insolvenz: Ist der **Sanierungserlass** eine unzulässige EU-Beihilfe?

„Sanierungsgewinn“
Forderungsverzicht

„Sanierungsgewinn“
Insolvenzplanverfahren

„Sanierungsgewinn“
Restschuldbefreiung

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz - Sanierungsgewinne

BFH-Vorlagebeschluss v. 25.3.2015 - X R 23/13 zur Besteuerung von Sanierungsgewinnen



"Die steuerlichen Folgen der Sanierung eines in die Krise geratenen Unternehmens sind in den einzelnen Steuergesetzen nur unsystematisch und ausschnittsweise geregelt. ... Die Steuerfolgen der Insolvenz sind in der Insolvenzrechtsreform gerade ausgeklammert worden. Zahlreiche Fragen, die sich in diesem Zusammenhang stellen, sind nach wie vor ungeklärt oder befinden sich im Fluss.,,

1. Problem: Ist eine gesetzliche Regelung für den Erlass notwendig?

2. Problem: Handelt es sich um eine unzulässige EU-Beihilfe?

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz - Sanierungsgewinne

BFH-Vorlagebeschluss v. 25.3.2015 - X R 23/13 zur Besteuerung von Sanierungsgewinnen



"Dem Großen Senat wird folgende Rechtsfrage zur Entscheidung vorgelegt: Verstößt das BMF-Schreiben vom 27. März 2003 IV A 6-S 2140-8/03 (BStBl I 2003, 240; ergänzt durch das BMF-Schreiben vom 22. Dezember 2009 IV C 6-S 2140/07/10001-01, BStBl I 2010, 18; sog. Sanierungserlass) gegen den Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung?"

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz - Sanierungsgewinne

BFH-Vorlagebeschluss v. 25.3.2015 - X R 23/13 zur Besteuerung von Sanierungsgewinnen



"Im sog. Sanierungserlass hat das BMF lediglich die entscheidenden Ermessenserwägungen der Finanzbehörden festgeschrieben und damit deren Ermessen auf Null reduziert. Aus Sicht des vorlegenden Senats ist dies notwendig, da die betroffenen Steuern (insbesondere die Einkommen- und Körperschaftsteuer) durch die Landesfinanzbehörden verwaltet werden (Art. 108 Abs. 2 GG) und nach § 85 AO die Steuern nach Maßgabe der Gesetze gleichmäßig festzusetzen und zu erheben sind."

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz - Sanierungsgewinne

BFH-Vorlagebeschluss v. 25.3.2015 - X R 23/13 zur Besteuerung von Sanierungsgewinnen



"Ob der sog. Sanierungserlass als Beihilfe zu qualifizieren ist, hängt davon ab, ob er spezifisch bzw. selektiv bestimmte Unternehmen begünstigt. Eine Beihilfe ist dann zu bejahen, wenn die betreffende Billigkeitsmaßnahme eine Ausnahme von dem allgemein geltenden Steuersystem zugunsten bestimmter Unternehmen darstellt und nicht durch Grund- und Leitprinzipien der Steuerrechtsordnung gerechtfertigt ist."

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz - Sanierungsgewinne

BFH-Vorlagebeschluss v. 25.3.2015 - X R 23/13 zur Besteuerung von Sanierungsgewinnen



"Vor allem ist darauf hinzuweisen, dass der sog. Sanierungserlass in den Grundprinzipien der Steuerrechtsordnung seine Begründung findet und deshalb als gerechtfertigt anzusehen ist. Der Sanierungserlass kommt nur notleidenden Unternehmen zugute und trägt dazu bei, dass die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gesichert und das Übermaßverbot gewahrt sind."

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz - Sanierungsgewinne

BFH-Beschluss v. 28.11.2016 GrS 1/15 zur Besteuerung von Sanierungsgewinnen (veröffentlicht am 08.02.2017)



1. Problem: Ist eine gesetzliche Regelung für den Erlass notwendig?

„Mit dem unter den Voraussetzungen des BMF-Schreibens vom 27. März 2003 IV A 6-S 2140-8/03 (BStBl I 2003, 240; ergänzt durch das BMF-Schreiben vom 22. Dezember 2009 IV C 6-S 2140/07/10001-01, BStBl I 2010, 18; sog. Sanierungserlass) vorgesehenen Billigkeitserlass der auf einen Sanierungsgewinn entfallenden Steuer verstößt das BMF gegen den Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung.“

2. Problem: Handelt es sich um eine unzulässige EU-Beihilfe?

„Damit bedarf es keiner Stellungnahme des Großen Senats zu sich im Zusammenhang mit dem sog. Sanierungserlass stehenden beihilferechtlichen Fragen.“

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz - Sanierungsgewinne

BFH-Beschluss v. 28.11.2016 GrS 1/15 zur Besteuerung von Sanierungsgewinnen



„Das von der Finanzverwaltung und von Teilen der Rechtsprechung sowie des Schrifttums als richtig erkannte Ziel, Sanierungsgewinne generell, jedenfalls aber nachdem sie mit Verlusten verrechnet worden sind, nicht zu besteuern, lässt sich mit einem Billigkeitserlass nach § 163 Satz 1 oder § 227 AO nicht erreichen. Die nach der BFH-Rechtsprechung für das Merkmal sachlicher Unbilligkeit maßgebenden Kriterien rechtfertigen keine Billigkeitsmaßnahmen für die im sog. Sanierungserlass beschriebenen Fälle. Auf besondere, außerhalb des sog. Sanierungserlasses liegende Gründe des Einzelfalls, insbesondere auf persönliche Billigkeitsgründe gestützte Billigkeitsmaßnahmen bleiben allerdings unberührt.“

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz - Sanierungsgewinne

BFH-Beschluss v. 28.11.2016 GrS 1/15 zur Besteuerung von Sanierungsgewinnen



„Der sog. Sanierungserlass gewährt in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befindlichen Unternehmen eine steuerliche Begünstigung, die durch den Umstand veranlasst wird, dass die Gläubiger mit ihrem Forderungsverzicht zu erkennen gegeben haben, dass sie die Unternehmenssanierung für erforderlich und die ergriffenen Maßnahmen für erfolgversprechend halten. Das Bedürfnis für eine solche Begünstigung wird aus dem wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Interesse am Erfolg der eingeleiteten Unternehmenssanierung hergeleitet.“

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz - Sanierungsgewinne

BFH-Beschluss v. 28.11.2016 GrS 1/15 zur Besteuerung von Sanierungsgewinnen



„Ob sich der Fiskus in Anbetracht eines solchen Interesses an der Sanierung von Unternehmen beteiligt und in welcher Weise er dies tut, d.h. welche der verschiedenen in Betracht kommenden steuerlichen Erleichterungen für Sanierungsgewinne gewährt werden (vgl. zu unterschiedlichen gesetzlichen Lösungen in anderen Ländern: Maus, ZIP 2002, 589), ist eine allein dem Gesetzgeber obliegende politische Entscheidung.“

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz - Sanierungsgewinne

BFH-Beschluss v. 28.11.2016 GrS 1/15 zur Besteuerung von Sanierungsgewinnen

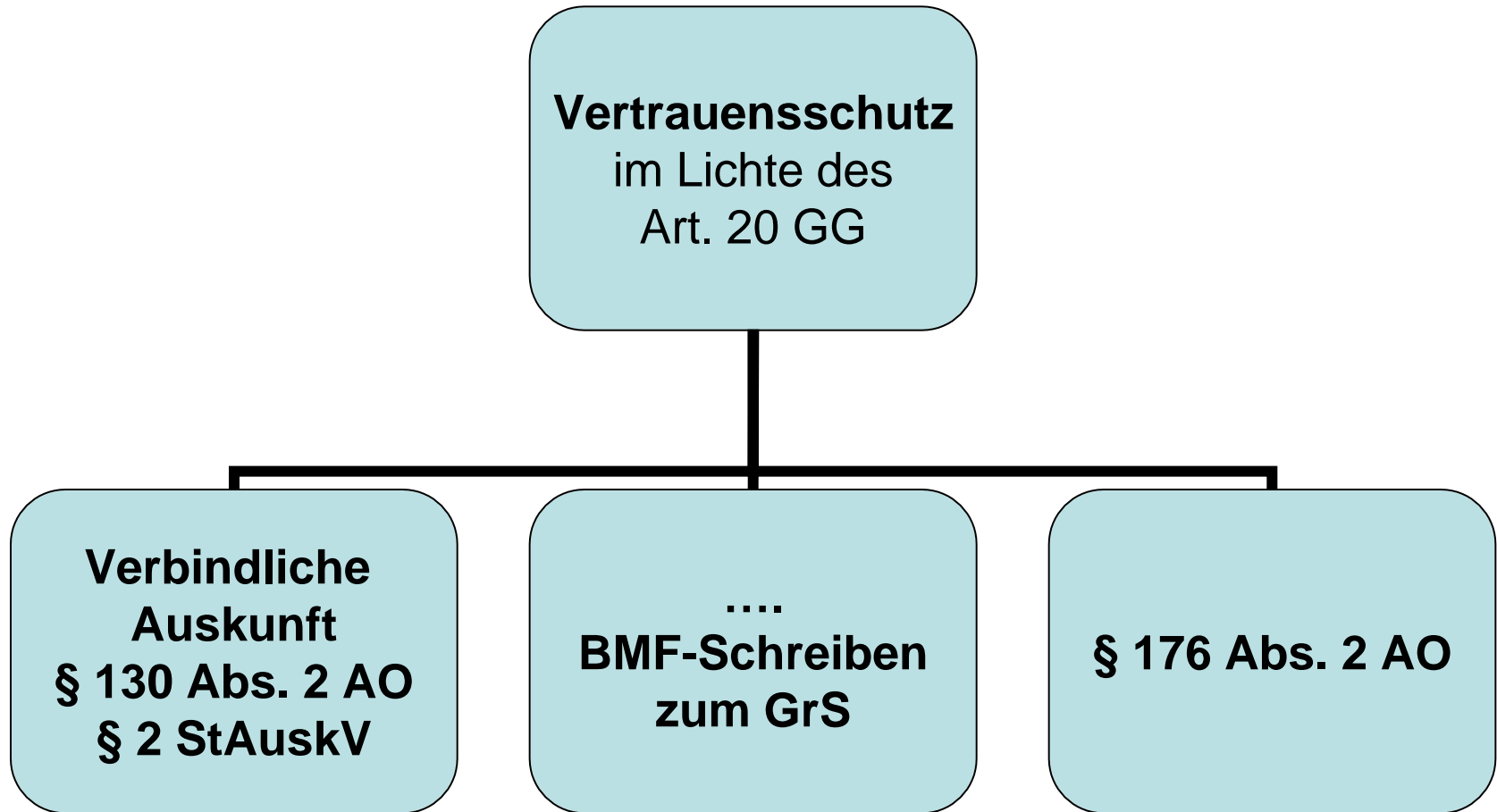


„Indem das BMF durch sein Schreiben vom 27. März 2003 (BStBl I 2003, 240) mit im Rahmen von Billigkeitsmaßnahmen nicht zulässigen typisierenden Regelungen die vom Gesetzgeber aufgehobene Steuerbegünstigung von Sanierungsgewinnen unter (leicht) modifizierten Bedingungen wieder einführt, um (u.a.) einen angeblichen Zielkonflikt mit der InsO zu bereinigen, wird es in gesetzesvertretender Weise tätig. Mit der Schaffung typisierender Regelungen für einen Steuererlass außerhalb der nach §§ 163 und 227 AO im Einzelfall möglichen Billigkeitsmaßnahmen nimmt das BMF eine strukturelle Gesetzeskorrektur vor und verstößt damit gegen das sowohl verfassungsrechtlich (Art. 20 Abs. 3 GG) als auch einfachrechtlich (§ 85 Satz 1 AO) normierte

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz – Sanierungsgewinne – aktuelle Literaturbeiträge (z.B.)

Lautenbach/Roll/Völkner, Der Sanierungserlass - Bestandaufnahme nach dem BFH-Beschluss und seine Auswirkungen auf die Restrukturierungspraxis, BB 2017, S. 643 ff.; *Mohr*, Die Besteuerung von Sanierungsgewinnen unter Berücksichtigung der Entscheidung des Großen Senats des BFH vom 28.11.2016 - Reaktionsmöglichkeiten, BB 2017, S. 673 ff.; *Sonnleitner/Strotkemper*, Steuerfreiheit von Sanierungsgewinnen: quid novi? BB 2017, S. 668 ff.; *Krüsmann*, Abwicklung des Sanierungserlasses durch den Großen Senat des BFH - Das Scheitern eines Sanierungsvorstoßes des BMF, ZInsO 2017, S. 522 ff.; *Kahlert/Schmidt*, Der sog. Sanierungserlass ist tot - Wie geht es weiter?, ZIP 2017, S. 503 ff.; *Hölze/Kahlert*, Der sog. Sanierungserlass ist tot - Es lebe die Ausgliederung, ZIP 2017, S. 510 ff.; *Desens*, Anspruch auf Steuerfreiheit eines Sanierungsgewinns im Einzelfall, ZIP 2017, S. ●; *Uhländer*, Rechtsprechungsradar Insolvenzsteuerrecht, Steuer & Studium 6/2017.

**Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz –
Vertrauensschutz bis zu einer gesetzlichen Neuregelung**



§ 3a EStG

Steuerbegünstigung von Sanierungsgewinnen

(1) Betriebsvermögensmehrungen oder Betriebseinnahmen aus einem Schuldenerlass zum Zwecke einer unternehmensbezogenen Sanierung (Sanierungsgewinn) sind auf Antrag steuerfrei, wenn das Unternehmen sanierungsbedürftig und sanierungsfähig ist, der Schuldenerlass als Sanierungsmaßnahme geeignet ist und aus betrieblichen Gründen und in Sanierungsabsicht der Gläubiger erfolgt.

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz – Sanierungsgewinne: BR-Drucks. 59/1/17 v. 27.02.2017

§ 3a EStG

Steuerbegünstigung von Sanierungsgewinnen

- (2) Die Inanspruchnahme der Steuerbefreiung nach Absatz 1 hat zur Folge, dass*
- 1. zum Ende des vorangegangenen Veranlagungszeitraums festgestellte Verlustvorträge (insbesondere § 2a, § 2b, § 10d, § 15 Absatz 4, § 15a, § 23 Absatz 3, § 8d des Körperschaftsteuergesetzes) zu Beginn des Veranlagungszeitraums der Entstehung des Sanierungsgewinns (S a n i e r u n g s j a h r) e n t f a l l e n u n d*
 - 2. im Sanierungsjahr entstehende negative Einkünfte nicht mit anderen positiven Einkünften ausgeglichen und nicht in anderen Veranlagungszeiträumen abgezogen werden können.*

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz – Sanierungsgewinne: BR-Drucks. 59/1/17 v. 27.02.2017

§ 3a EStG

Steuerbegünstigung von Sanierungsgewinnen

(3) Werden die Besteuerungsgrundlagen nach § 180 Absatz 1 Satz 1 der Abgabenordnung gesondert festgestellt, ist auch die Höhe des Sanierungsgewinns nach Absatz 1 gesondert festzustellen. Der Antrag nach Absatz 1 ist auch in den Fällen des Satzes 1 durch den Steuerpflichtigen bei dem nach § 19 oder § 20 der Abgabenordnung für die Besteuerung zuständigen Finanzamt zu stellen; in Fällen des § 180 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 Buchstabe a der Abgabenordnung ist keine einheitliche Antragstellung der Mitunternehmer erforderlich. Wurden Verlustvorträge ohne Berücksichtigung des Absatzes 2 Nummer 1 bereits festgestellt, ist der entsprechende Feststellungsbescheid insoweit zu ändern. Das gilt auch dann, wenn der Feststellungsbescheid bereits bestandskräftig geworden ist; die Feststellungsfrist endet insoweit nicht, bevor die Festsetzungsfrist für das Sanierungsjahr abgelaufen ist."

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz – Sanierungsgewinne: BR-Drucks. 59/1/17 v. 27.02.2017

§ 3c Abs. 4 EStG

Anteilige Abzüge

Betriebsvermögensminderungen oder Betriebsausgaben, die mit einem steuerfreien Sanierungsgewinn im Sinne des § 3a in unmittelbarem wirtschaftlichen Zusammenhang stehen, dürfen unabhängig davon, in welchem Veranlagungszeitraum der Sanierungsgewinn entsteht, nicht abgezogen werden. § 3a Absatz 3 Satz 1 gilt entsprechend. Wurden Betriebsvermögensminderungen oder Betriebsausgaben ohne Berücksichtigung des Satzes 1 bereits einer Steuerfestsetzung oder einer gesonderten Feststellung nach § 180 Absatz 1 Satz 1 der Abgabenordnung zugrunde gelegt, ist der entsprechende Steuer- oder Feststellungsbescheid insoweit zu ändern. Das gilt auch dann, wenn der Steuer- oder Feststellungsbescheid bereits bestandskräftig geworden ist; die Feststellungsfrist endet insoweit nicht, bevor die Festsetzungsfrist für das S a n i e r u n g s j a h r a b g e l a u f e n i s t . "

**Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz –
Sanierungsgewinne: BR-Drucks. 59/1/17 v. 27.02.2017**

§ 52 Abs. 4a EStG

Anwendungsvorschriften

§ 3a EStG ist in allen offenen Fällen anzuwenden.

§ 52 Abs. 5 EStG

Anwendungsvorschriften

§ 3c Abs. 4 EStG ist auch für VZ vor 2017 anzuwenden.

Artikel 1a und Artikel 1b treten an dem Tag in Kraft, an dem die Europäische Kommission die hierzu erforderliche beihilferechtliche Genehmigung erteilt hat. Der Zeitpunkt der Genehmigung sowie der Tag des Inkrafttretens sind vom Bundesministerium der Finanzen gesondert im Bundesgesetzblatt bekannt zu machen.

- ▶ Vgl. zur **Rückstellungsbildung bei rechtswidrigen steuerlichen Beihilfen** *Cloer/Vogel*, IStR 2016, S. 531 ff.

**Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz –
Sanierungsgewinne: BR-Drucks. 59/1/17 v. 27.02.2017**

§ 3a GewStG

Steuerbefreiung von Sanierungsgewinnen

(1) Betriebsvermögensmehrungen oder Betriebseinnahmen aus einem Schuldenerlass zum Zwecke einer unternehmensbezogenen Sanierung (Sanierungsgewinn) sind auf Antrag von der Gewerbesteuer befreit, wenn das Unternehmen sanierungsbedürftig und sanierungsfähig ist, der Schuldenerlass als Sanierungsmaßnahme geeignet ist und aus betrieblichen Gründen und in Sanierungsabsicht der Gläubiger erfolgt.

**Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz –
Sanierungsgewinne: BR-Drucks. 59/1/17 v. 27.02.2017**

§ 3a GewStG

Steuerbefreiung von Sanierungsgewinnen

Die Inanspruchnahme der Steuerbefreiung hat zur Folge, dass

- 1. der zum Ende des vorangegangenen Erhebungszeitraums festgestellte vortragsfähige Gewerbeverlust (§ 10a) zu Beginn des Erhebungszeitraums der Entstehung des Sanierungsgewinns (Sanierungsjahr) entfällt und*
- 2. ein Fehlbetrag des Sanierungsjahrs in folgenden Erhebungszeiträumen nicht vom maßgebenden Gewerbeertrag abgezogen werden kann.*

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz – Sanierungsgewinne: BR-Drucks. 59/1/17 v. 27.02.2017

§ 3a GewStG

Steuerbefreiung von Sanierungsgewinnen

(2) Betriebsvermögensminderungen oder Betriebsausgaben, die mit einem von der Gewerbesteuer befreiten Sanierungsgewinn im Sinne von Absatz 1 in unmittelbarem wirtschaftlichen Zusammenhang stehen, dürfen unabhängig davon in welchem Erhebungszeitraum der Sanierungsgewinn entsteht, nicht abgezogen werden. Wurden Betriebsvermögensminderungen oder Betriebsausgaben ohne Berücksichtigung des Satzes 1 bereits einem Gewerbesteuermessbescheid zugrunde gelegt, ist der entsprechende Gewerbesteuermessbescheid insoweit zu ändern. Das gilt auch dann, wenn der Gewerbesteuermessbescheid bereits bestandskräftig geworden ist; die Festsetzungsfrist endet insoweit nicht, bevor die Festsetzungsfrist für das S a n i e r u n g s j a h r a b g e l a u f e n i s t .

**Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz –
Sanierungsgewinne: BR-Drucks. 59/1/17 v. 27.02.2017**

§ 3a GewStG

Steuerbefreiung von Sanierungsgewinnen

(3) Hinzurechnungen nach § 8 und Kürzungen nach § 9 sind für die in Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 genannten Beträge ausgeschlossen, wenn ein Antrag nach Absatz 1 Satz 1 gestellt wird.

§ 7 GewStG

§ 3a und § 3c Absatz 4 des Einkommensteuergesetzes sind bei der Ermittlung des Gewerbeertrags nicht anzuwenden.

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz – Sanierungsgewinne: BR-Drucks. 59/1/17 v. 27.02.2017

§ 36 wird wie folgt geändert:

Dem Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:

§ 3a in der am 1. Januar 2017 geltenden Fassung ist auch für Erhebungszeiträume vor 2017 anzuwenden.

Dem Absatz 2a wird folgender Satz angefügt:

§ 7 Satz 10 in der am 1. Januar 2017 geltenden Fassung ist auch für Erhebungszeiträume vor 2017 anzuwenden.

Artikel 1a und Artikel 1b treten an dem Tag in Kraft, an dem die Europäische Kommission die hierzu erforderliche beihilferechtliche Genehmigung erteilt hat. Der Zeitpunkt der Genehmigung sowie der Tag des Inkrafttretens sind vom Bundesministerium der Finanzen gesondert im Bundesgesetzblatt bekannt zu machen.

- ▶ Vgl. zur **Rückstellungsbildung bei rechtswidrigen steuerlichen Beihilfen** Cloer/Vogel, IStR 2016, S. 531 ff.

**Besteuerungsverfahren in der Insolvenz:
Ist der Sanierungserlass eine unzulässige EU-Beihilfe?**

EuGH

EuG

**Kommission als
„Hüterin“ der
Beihilferechts**

**Steuerrecht der
Mitgliedstaaten**

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz – Sanierungserlass als unionsrechtswidrige Beihilfe?

Art. 107 AEUV



(1) Soweit in den Verträgen nicht etwas anderes bestimmt ist, sind staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen gleich welcher Art, die durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen, mit dem Binnenmarkt unvereinbar, soweit sie den Handel zwischen Mitgliedstaaten beeinträchtigen.

(2) Mit dem Binnenmarkt vereinbar sind: ...

(3) Als mit dem Binnenmarkt vereinbar können angesehen werden: ...

Problem: Wettbewerbspolitische Bedeutung des Beihilferechts bei der
EU-Kommission und dem EuGH verhindert Rechtssicherheit!

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz – Sanierungserlass als unionsrechtswidrige Beihilfe?

Art. 108 AEUV



- (1) *Die Kommission überprüft fortlaufend in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten die in diesen bestehenden Beihilferegelungen. ...*
- (2) *Stellt die Kommission fest, nachdem sie den Beteiligten eine Frist zur Äußerung gesetzt hat, dass eine von einem Staat oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfe mit dem Binnenmarkt nach Art. 107 unvereinbar ist oder dass sie missbräuchlich angewandt wird, so beschließt sie, dass der betreffende Staat sie binnen einer von ihr bestimmten Frist aufzuheben oder umzugestalten hat. ...*

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz – Sanierungserlass als unionsrechtswidrige Beihilfe?

Verordnung (EU) 2015/1589 v. 13.7.2015 zur Anwendung des Art. 108 AEUV

hier: Art. 16 VO 2015/1589



(1) *In Negativbeschlüssen hinsichtlich **rechtswidriger Beihilfen** entscheidet die Kommission, dass der betreffende Mitgliedstaat alle notwendigen Maßnahmen ergreift, um die Beihilfe vom Empfänger **zurückzufordern** (im Folgenden Rückforderungsbeschluss“). Die Kommission verlangt nicht die Rückforderung der Beihilfe, wenn dies gegen einen allgemeinen Grundsatz des Unionsrechts verstoßen würde.*

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz – Sanierungserlass als unionsrechtswidrige Beihilfe?

Verordnung (EU) 2015/1589 v. 13.7.2015 zur Anwendung des Art. 108 AEUV

hier: Art. 16 VO 2015/1589



*(2) Die aufgrund eines Rückforderungsbeschlusses zurückzufordernde Beihilfe umfasst **Zinsen**, die nach einem von der Kommission festgelegten angemessenen Satz berechnet werden. Die Zinsen sind von dem Zeitpunkt, ab dem die rechtswidrige Beihilfe dem Empfänger zur Verfügung stand, bis zu ihrer tatsächlichen Rückzahlung zahlbar.*

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz – Sanierungserlass als unionsrechtswidrige Beihilfe?

Verordnung (EU) 2015/1589 v. 13.7.2015 zur Anwendung des Art. 108 AEUV

hier: Art. 16 VO 2015/1589



*(3) Unbeschadet einer Entscheidung des Gerichtshofs der Europäischen Union nach Art. 278 AEUV erfolgt die Rückforderung unverzüglich **und nach den Verfahren des betreffenden Mitgliedstaats, sofern hierdurch die sofortige und tatsächliche Vollstreckung des Beschlusses der Kommission ermöglicht wird. ...***

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz – Sanierungserlass als unionsrechtswidrige Beihilfe?

Verordnung (EU) 2015/1589 v. 13.7.2015 zur Anwendung des Art. 108 AEUV

hier: Art. 17 VO 2015/1589



- (1) Die Befugnisse der Kommission zur Rückforderung von Beihilfen gelten für eine Frist von zehn Jahren.*
- (2) Die Frist beginnt mit dem Tag, an dem die rechtswidrige Beihilfe dem Empfänger entweder als Einzelbeihilfe oder im Rahmen einer Beihilferegulierung gewährt wird.*

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz – Verzicht auf Umsatzsteuer ↔ unionsrechtliche Überprüfung?

► Vgl. **EuGH-Urteil v. 7.4.2016 – Rs. C-546/14**, ZInsO 2016, S. 863
zum **Verzicht auf USt in der Krise / Insolvenz** (Streitfall:
Vergleichsverfahren Italien): Die Zulassung einer teilweisen Befriedigung
einer USt-Forderung durch ein insolventes Unternehmen widerspricht
grundsätzlich nicht der Verpflichtung der Mitgliedstaaten, die wirksame
Erhebung der gesamten USt zu gewährleisten. Art. 4 Abs. 3 EUV und die
MWSt-Richtlinie sind durch einen solchen Verzicht nicht verletzt, wenn
für den Mitgliedstaat in der Insolvenz keine höhere Quote erwartet werden
kann.

► Vgl. **EuG v. 16.3.2016 T-103/14** zum Steuerverzicht in einem
Vergleichsverfahren (Slowakei).

Besteuerungsverfahren in der Insolvenz:

Ist der Sanierungserlass eine unzulässige EU-Beihilfe?

- **Pressemitteilung der EU-Kommission v. 30.8.2016:**

„Die Europäische Kommission ist zu dem Ergebnis gelangt, dass Irland dem Unternehmen Apple unrechtmäßige Steuervergünstigungen von bis zu 13 Mrd. EUR gewährt hat. Dies ist nach den EU-Beihilfavorschriften unzulässig, weil Apple dadurch wesentlich weniger Steuern zahlen musste als andere Unternehmen. Irland muss die rechtswidrige Beihilfe nun zurückfordern.“

Die für Wettbewerbspolitik zuständige EU-Kommissarin Margrethe Vestager erklärte dazu: *„Die Mitgliedstaaten dürfen einzelnen Unternehmen keine steuerlichen Vergünstigungen gewähren. Dies ist nach den EU-Beihilfavorschriften unzulässig. Die Kommission gelangte bei ihrer Prüfung zu dem Schluss, dass Irland Apple unzulässige Steuervergünstigungen gewährt hat, aufgrund derer Apple über viele Jahre erheblich weniger Steuern zahlen musste als andere Unternehmen. Diese selektive steuerliche Behandlung ermöglichte es Apple im Jahr 2003 auf seine in Europa erzielten Gewinne einen effektiven Körperschaftsteuersatz von nur 1 % zu zahlen. Bis 2014 ging dieser Steuersatz weiter auf 0,005 % zurück.“*

- ▶ Vgl. dazu *Bartosch*, BB 2016 Nr. 43 v. 24.10.2016 „Die Erste Seite“: *Die neue Welt der Verfolgung von Steuerhinterziehungen vermittelt des Beihilferechts.*

Besteuerungsverfahren in der Insolvenz:

Ist der Sanierungserlass eine unzulässige EU-Beihilfe?

- **Pressemitteilung der EU-Kommission v. 30.8.2016:**

„Die Kommission kann die Rückforderung unzulässiger staatlicher Beihilfen lediglich für einen Zeitraum von zehn Jahren vor ihrem ersten einschlägigen Auskunftersuchen anordnen, das in diesem Fall auf das Jahr 2013 zurückgeht. Irland muss daher von Apple die nicht entrichteten Steuern für den Zeitraum ab 2003 zurückfordern, die sich auf bis zu 13 Mrd. EUR zuzüglich Zinsen belaufen. 50 Mio. EUR dieser nicht gezahlten Steuern gehen auf die ungerechtfertigte Zuweisung von Gewinnen an den „Verwaltungssitz“ von Apple Operations Europe zurück. Der verbleibende Teil ergibt sich aus der ungerechtfertigten Zuweisung von Gewinnen an den „Verwaltungssitz“ von Apple Sales International. Der Zeitraum der Rückforderung endet im Jahr 2014, da Apple seine Struktur in Irland mit Wirkung ab dem Jahr 2015 änderte und der Steuervorbescheid von 2007 nicht mehr anwendbar war.“

Problem: Im Rechtsverständnis der Kommission und des EuGH ist das EU-Beihilferecht zunehmend auch im Bereich des Steuerrechts „d a s“ Instrument der zwangsweisen Rechtsangleichung in den Mitgliedstaaten.

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz - Sanierungsgewinne

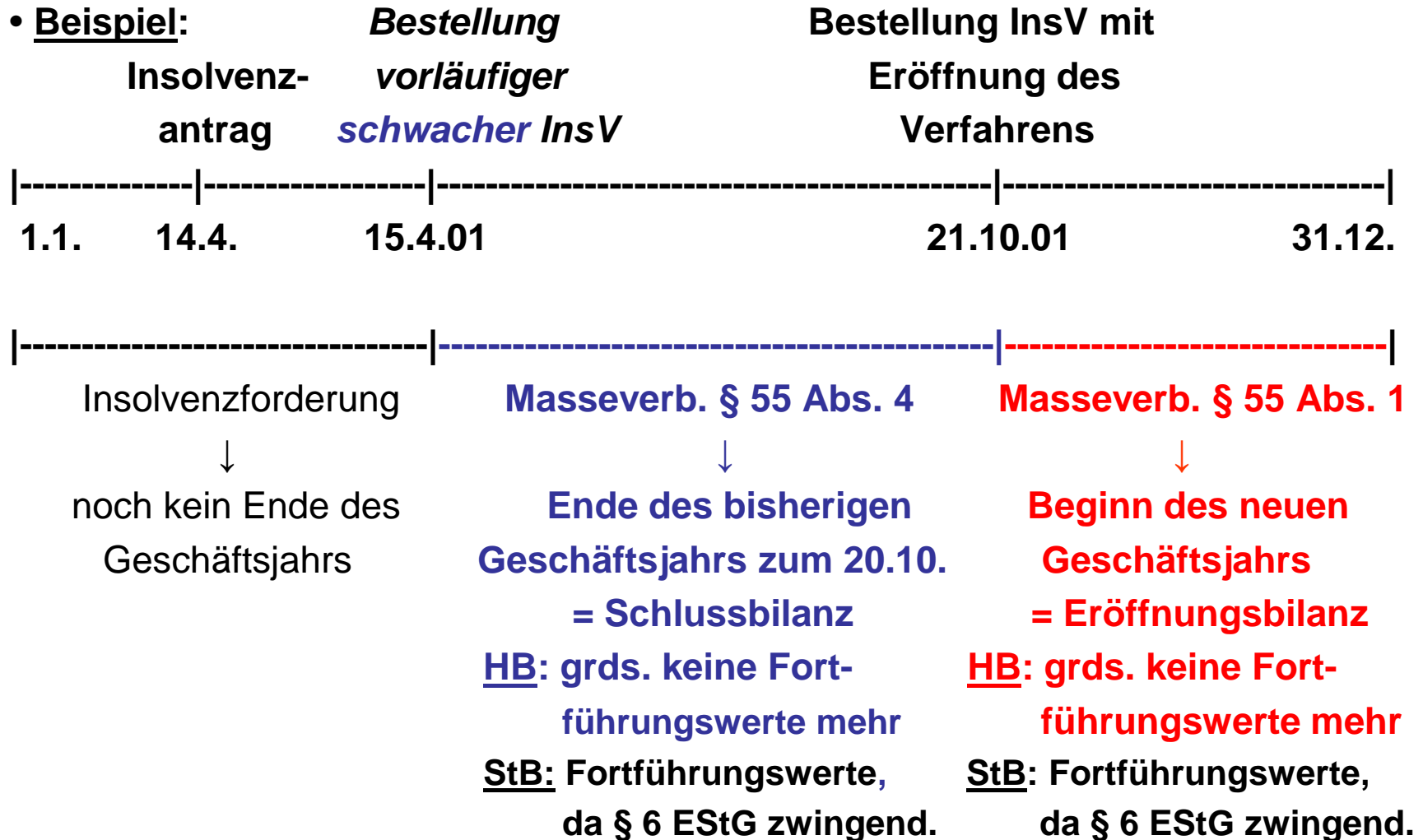
► Die Reichweite des Verfahrensrechts der AO zur **Rückforderung rechtswidriger Beihilfen bei bestandskräftigen Steuerverwaltungsakten** ist in den Einzelheiten bislang nicht hinreichend geklärt (vgl. bereits zur modifizierten Anwendung des allgemeinen Verwaltungsverfahrensrechts und des „nationalen“ Vertrauensschutzes einerseits und des vorrangigen unionsrechtlichen Effektivitätsgebots und Äquivalenzgebots *Haratsch/Koenig/Pechstein*, Europarecht, 10. Auflage, Tübingen 2016, S. 201 ff. u. 634 ff. sowie *Streinz*, Europarecht, 10. Auflage, Heidelberg 2016, S. 216 ff.).

► **Problem: Folgen Sanierungserlass des BMF v. 27.3.2003?** vgl. z.B. *de Weerth, DB 2016, S. 682 ff.*; *Seer, DStR 2014, Beihefter zu Heft 42, S. 117 ff. (131 ff.)*; *Musil, FR 2014, S. 953 ff.*; *Ismer/Piotrowski, DStR 2015, S. 1993 ff.*; *Hartmann/Zwirner, WPg 2014, S. 1105 ff.*; *Buschendorf/Vogel, DB 2016, S. 676 ff.*; *Roth, ZInsO 2016, S. 1877 ff.*; *Kahlert, ZIP 2016, S. 2107 ff.*

► Zum Steuerwettbewerb und Beihilfeverbot (Fiat, Starbucks, McDonald's) vgl. auch *Frenz, DStZ 2016, S. 142 ff.* und zu Restrukturierungshilfen vgl. *Arhold/Struckmann, ZInsO 2016, S. 929 ff., 1029 ff.* mit einer umfassenden Gesamtdarstellung.

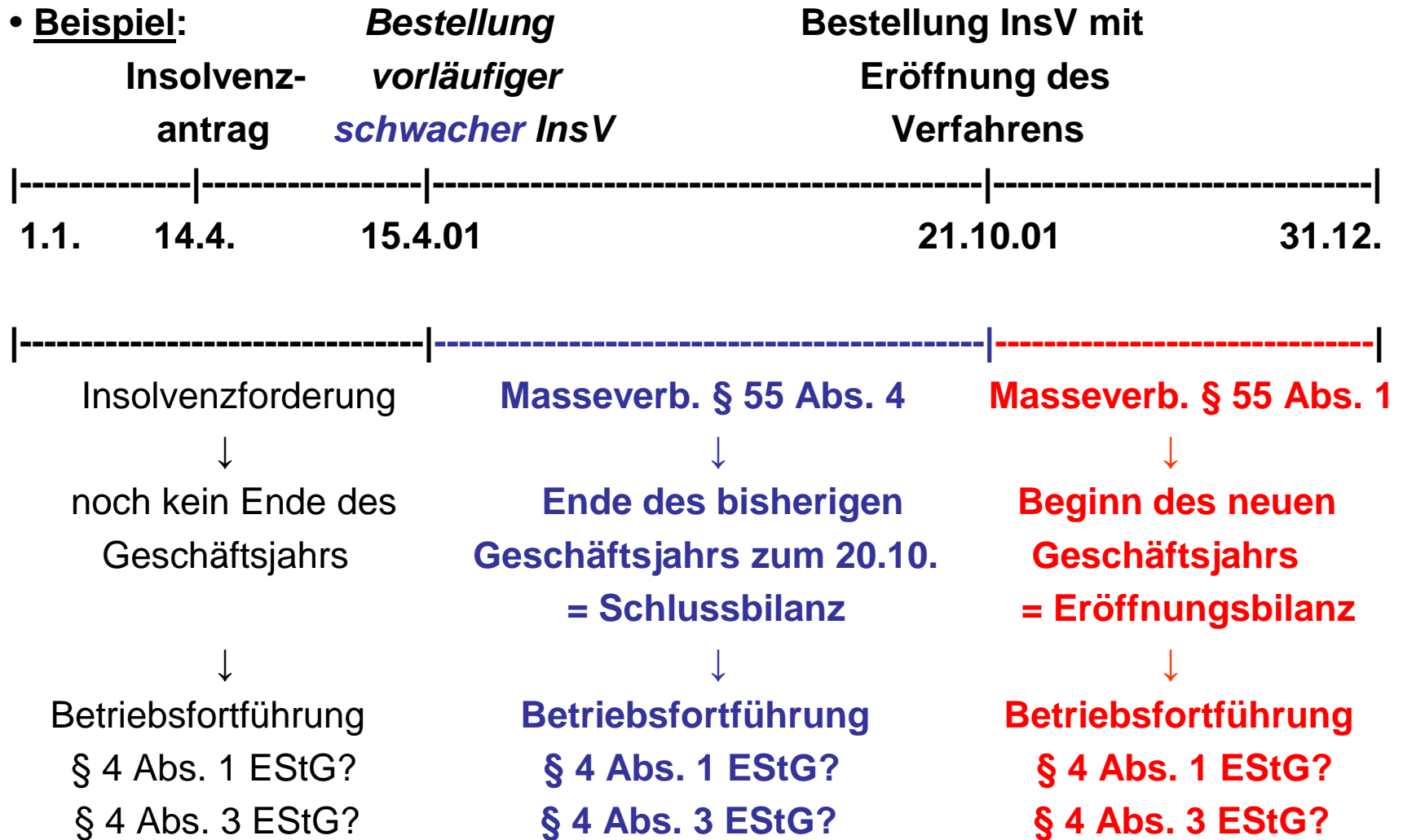
Externe Rechnungslegung in der Krise / Insolvenz

„Steuerlich sind auf jeden Fall die Buchwerte fortzuführen, da die Eröffnung der Insolvenzverfahrens allein keine Gewinn- oder Verlustrealisierung rechtfertigt.“ (Frotscher, a.a.O., S. 36)“



Externe Rechnungslegung in der Krise / Insolvenz

• Beispiel:



Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz

- BFH v. 08.09.2011 – II R 54/10: KfzSt ≠ § 55 InsO, § 811 Abs. 1 Nr. 5 ZPO (+)!
- BFH v. 26.10.2011 – VII R 50/10: InsO-Verfahren RA ↔ Erlassmaßnahmen FA?
- BFH v. 22.11.2011 – VII R 63/10: Haftung gem. § 74 AO auch auf das Surrogat
- BFH v. 24.11.2011 – V R 13/11: **Änderung rkr. Tabelleneintrag ↔ § 130 AO (+)**
- BFH v. 30.11.2011 – I R 100/10: **Passivierung Verb. bei Rangrücktritt?**
- BGH v. 19.01.2012 – IX ZR 2/11: **Insolvenzanf. bei USt-Organschaft (§ 131 InsO)**
- BFH v. 31.01.2012 – I S 15/11: Klagebefugnis Stpfl. Haftung nach Eröff.
- BFH v. 23.02.2012 – IV R 31/09: **GbR: Teilerlass Verb. ↔ Folgen?**
- BFH v. 28.02.2012 – VIII R 2/08: **Steuerfreiheit von Sanierungsgewinnen**
- BFH v. 28.02.2012 – VII R 36/11: Steuererstattungsansprüche ↔ Nachtragsverteilung
- BFH v. 01.03.2012 – VI R 4/11: **Vorfinanzierung Insolvenzgeld ↔ § 32b EStG (+)**
- BFH v. 08.03.2012 – V R 24/11: **Verhältnis Festsetzungs- u. Erhebung USt**

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz

- BFH v. 14.03.2012 – XI R 28/09: **USt-Organschaft, OT keine Mittel, § 163 AO (-)**
- BFH v. 14.03.2012 – XI R 6/10: **Haftung GmbH-GF gem. § 69 AO ↔ USt**
- BFH v. 20.03.2012 – VII R 12/11: **Hinterziehungszinsen ≠ § 302 Nr. 1 InsO, RSB (+)**
- BGH v. 27.03.2012 – II ZR 171/10: **Pflicht GmbH-GF § 64 GmbHG a.F. / § 15a InsO**
- BFH v. 18.04.2012 – X R 5/10, 7/10: **Darlehensverluste im BV ↔ § 3c EStG (-)**
- BFH v. 25.04.2012 – I R 24/11: **Sanierungserlass GewSt → Gemeinde zuständig**
- BVerwG v. 14.05.2012 – 7 B 53.11: **Anspruch auf Kontoauszug gem. § 4 IFG NRW**
- BFH v. 22.05.2012 – VII R 58/10: **Aufrechnung USt ↔ Wohlverhaltensphase**
- BGH v. 24.05.2012 – IX ZR 125/11: **Insolvenzanfechtung Steuerzahlung: Zinsen**
- BFH v. 31.05.2012 – IV R 40/09: **kein MU-Risiko wertlose Forderung ↔ atyp. B.**
- BFH v. 12.07.2012 – I R 23/11: **Zahlung auf Gesellschafterforderung als BA**
- BFH v. 12.07.2012 – I R 32/11: **§ 163 AO = sonstiger VA § 171 (10) AO für ESt**
- BFH v. 17.07.2012 – X S 24/12: **Unterbrechung Klageverfahren InsO ↔ Kosten**
- BFH v. 25.07.2012 – I R 74/11: **Klage IS gegen Haftungsbescheid (§ 71 AO)**

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz

- BFH v. 25.07.2012 – VII 30/11: **Saldierung VorSt ↔ § 96 I 1 Nr. 3 InsO?**
Vorinstanz: FG B.-W. Az.: 1 K 808/08
- BFH v. 25.07.2012 – VII 56/09: **Aufrechnung § 17 II Nr. 3 UStG**
Vorinstanz: FG R.-P. Az.: 6 K 2636/08
- BFH v. 25.07.2012 – VII 44/10:* **USt-Festsetzung als anfechtbare Hdlg.?**
Vorinstanz: FG Berlin-Br. Az.: 9 K 1968/05
- BFH v. 25.07.2012 – VII 29/11:* **§ 17 II UStG ↔ Aufrechnung ↔ §§ 129 ff. InsO**
Vorinstanz: FG Berlin-Br. Az.: 5 K 5350/09
- BFH v. 01.08.2012 – V B 59/11: **RS-Bedürfnis A.d.V.-Antrag ↔ vorl. InsV (+)**
- BFH v. 01.08.2012 – II R 28/11: **KfzSt: Insolvenz ↔ Zwangsverwaltung**
- BFH v. 02.08.2012 – VII R 57/10 **Rspr. VII. Senat v. 2.11.2010 ↔ V. Senat**
- BGH v. 21.08.2012 – 1 StR 26/12: **Vollstreckungsverfahren ↔ Tat i.S.d. § 370 AO**
- BFH v. 21.08.2012 – I B 179/11: **Forderungsverzicht Kpl-GmbH ggü. KG**

*Das BFH-Urteil v. 25.07.2012 VII R 29/11 wurde am 31.10.2012 veröffentlicht und führt zu einer „Anpassung“ der Rspr. des VII. Senats an die Rspr. des V. Senats. Für die Anwendung des § 96 Abs. 1 Nr. 1 InsO ist danach entscheidend, wann der materiell-rechtl. Berichtigungstatbestand des § 17 II UStG verwirklicht wird. Das Urteil v. 25.07.2011 VII R 44/10 wurde ebenfalls am 31.10.2012 veröffentlicht.

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz

- BFH v. 21.08.2012 – IX R 39/10: § 163 AO in einem Sonderfall des § 17 EStG
- BFH v. 30.08.2012 – III R 40/10: Nachlasskonkurs EM ↔ EF Antrag § 26a EStG?
- BFH v. 30.08.2012 – IV R 44/10: Insolvenz einer GmbH & Co. KG und Kpl-GmbH im Klageverfahren ↔ Anwachsung: Folgen FGO
- BFH v. 05.09.2012 – VII B 95/12: Anfechtung ggü. FA ≠ Abrechnungsbescheid
- BFH v. 18.09.2012 – VIII R 47/09: „Freigabe Arztpraxis“ ≠ § 55 InsO unabhängig, ob § 35 InsO a.F. oder § 35 InsO n.F. greift
- BFH v. 18.09.2012 – VII R 14/11: Rechtsstreit Duldungsbescheid ↔ Insolvenz
- BFH v. 20.09.2012 – IV R 29/10: Forderungsverzicht ↔ Mindestbesteuerung i. S.d. § 10a GewStG ≠ § 163 AO nicht unbillig
- BFH v. 26.09.2012 – V R 9/11: Vergütungsbeschluss AG ≠ § 14 UStG
- BFH v. 27.09.2012 – VII B 190/11: Keine Rückforderung angefochtener (§ 130 InsO) Steuerzahlungen durch Bescheid des FA
- BFH v. 11.10.2012 – IV R 45/10: Teilwertabschreibung ≠ § 3c EStG

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz

- BFH v. 06.11.2012 – VII R 72/11: Zwangsgeld gegen InV auch bei Nichtabgabe von sog. „Null-Erklärungen“; die *„ihm als Rechtsanwalt keine Schwierigkeit bereiten sollte“*
- BFH v. 15.11.2012 – VII B 105/12: Haftung gem. §§ 69, 34 AO für Kpl. einer KG ohne Anwendung des § 93 InsO
- BFH v. 20.11.2012 – IX R 34/12: **Bürgschaft ↔ nachträgliche Ako § 17 EStG**
- BFH v. 28.11.2012 – IV B 11/12: Überleitung eines laufenden Einspruchsverfahrens bei Insolvenzeröffnung nach Aufnahme durch den Insolvenzverwalter in ein Feststellungsverfahren gem. § 251 III AO und Einspruchsentscheidung des FA als sog. feststellender Verwaltungsakt ↔ Klageart: Anfechtungsklage

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz

- BFH v. 04.12.2012 – VIII R 42/09: Klagebefugnis einer aufgelösten GbR
- BFH v. 06.12.2012 – V R 1/12: Wirkung Tabelleneintrag bei Schätzung ↔ Antrag gem. § 130 I AO bei späterer USt-Erklärung
- EuG v. 18.12.2012 – T-205/11: Nichtigkeitsklage wegen § 8c Abs. 1a KStG unzulässig!
- BFH v. 20.12.2012 – V R 23/11: Verzicht auf Kleinunternehmerregelung in der Insolvenz durch InV für das gesamte Unternehmen auch bei insolvenzfreiem („Unternehmens-) Vermögen:
*„Summe USt gegen InV
+ Summe USt gegen IS muss der Summe gegen das gesamte Unternehmen entsprechen“*
Grund: Einheit des Unternehmens
- BFH v. 08.01.2013 – VII ER-S 1/12: Rechtsweg für landesrechtl. IFG beim VerwG
- BFH v. 23.01.2013 – I R 35/12: § 11 KStG ↔ § 10d EStG; kein mehrfacher Sockelbetrag von 1 Mio € im mehrjährigen Besteuerungszeitraum

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz

- **BFH v. 30.01.2013 – II R 6/12:** Eintritt Besserungsfall nach Forderungsverzicht; Verhältnis SchenkSt ↔ vGA!
- **BFH v. 19.02.2013 – IX R 24/12:** Einlagenrückgewähr über Ako einer Beteiligung i.S.d. § 17 EStG (Erwerb im Insolvenzplanverfahren) – Bescheinigung i.S.d. § 27 KStG (steuerliches Einlagekonto)
- **BFH v. 28.02.2013 – IV R 49/1:** § 3c EStG (-) für AfA / Erhaltungsaufwendung für WG des BV bei Überlassung an KapG
- **BGH v. 07.03.2013 – IX ZR 64/12:** Aufgaben StB bei Unterdeckung in der HB ↔ keine Hinweispflicht gem. § 15a InsO!
- **BFH v. 19.03.2013 – II R 17/11:** Anspruch auf Kontoauszug des InsV aus AO? (im Streifall kein landesrechtl. IFG in Hessen)
- **BFH v. 10.05.2013 – XX B 145/12:** Auslandsinsolvenz ↔ Folgen FG-Verfahren gem. §§ 155 FGO; §§ 249 II, 240 ZPO; §§ 353, 343 ff. InsO

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz

- **BFH v. 14.05.2013 - X B 134/12:** Forderungsfeststellung zur Tabelle ↔ keine Beendigung der Unterbrechung eines FG-Verfahrens (Änderung der Rspr.)
- **BFH v. 15.05.2013 – VII R 2/12:** Haftungsinanspruchnahme des Alleingesellschafters / Vorstand einer AG (§ 69 AO) nach Zustimmung des FA zum Insolvenzplan für die AG gleichwohl möglich; § 191 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 AO greift nicht (kein „Erlass“)
- **BFH v. 16.05.2013 - IV R 23/11:** **ESt als Masseverbindlichkeit bei Veräußerung von WG des BV (trotz Absonderungsrechte)**
- **BFH v. 26.06.2013 - X B 244/12:** **Bewertung Einlage kapitalersetzendes Darlehen**
- **BFH v. 11.07.2013 – XI B 41/13:** **Entgeltvereinnahmung vorl. starker InsV (USt) vgl. auch FG M.-V. v. 11.01.2013 – 2 V 90/12 und FG Berlin-B. v. 18.03.2013 – 7 V 7279**

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz

- BFH v. 17.07.2013 - X R 17/11: § 3c EStG für laufende Aufwendungen bei Pachtverzicht Betriebsaufspaltung?
- BFH v. 17.07.2013 - X R 6/12: § 3c EStG für laufende Aufwendungen bei Pachtverzicht Betriebsaufspaltung?
- EuGH v. 18.07.2013 – C-6/12: Ausnahmegenehmigung Verlustabzug als europarechtswidrige Beihilfe (KSt-Regelung in Finnland)? Vgl. auch EuGH v. 24.1.2013 – C-73/11 P: Vergleich über Verbrauchsteuern durch slowakischen Finanzminister als unionsrechtswidrige Beihilfe?
- BFH v. 08.08.2013 – V R 18/13: Ende USt-Organschaft, wenn bei der Organ-gesellschaft ein vorläufiger „schwacher“ IV mit Zustimmungsvorbehalt bestellt wird (Änderung der Rechtsprechung)
- BFH v. 08.08.2013 - II B 3/13: Keine Verfahrensunterbrechung bei Bestellung eines vorläufigen schwachen InV mit Zustimmungsvorbehalt

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz

- BFH v. 20.08.2013 – IX R 43/12: **§ 17 EStG (-) für Darlehensverluste eines nichtgeschäftsführenden, mit 10 % beteiligten GmbH-Gesellschafters**
- BFH v. 26.08.2013 – IV B 62/13 **Vollbeendigung KG – Klageverfahren SBA**
- BFH v. 05.11.2013 – IV B 108/13: **Aufnahme eines wegen Eröffnung des Insolvenzverfahrens unterbrochenen NZB-Verfahrens**

- BFH v. 05.11.2013 – IV B 119/12: **Aufnahme NZB-Verfahren, Abtrennung ..**

- BFH v. 12.11.2013 – VII R 15/13: **Rückforderung einer auf einer (vermeintlich) unberechtigten Insolvenzanfechtung beruhenden Leistung des FA ≠ Bescheid**

- BFH v. 21.11.2013 – V R 21/12: **Bankenhaftung (§ 13c UStG) im Insolvenzfall**

- BFH v. 26.11.2013 – VII B 243/12: **Aufrechnung Kfz-Steuer-Erstattungsanspruch mit Insolvenzforderungen**

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz

- BFH v. 27.11.2013 – X B 162/12: **Erlass ESt wegen Sanierungsgewinn ↔ tatsächliche Verständigung mit FA ↔ Folgen?**
- BFH v. 11.12.2013 – XI R 22/11: **Änderung Feststellungsbescheid § 251 Abs. 3 AO gem. § 130 Abs. 1 AO ↔ Umsatzsteuer**
- BFH v. 11.12.2013 – XI R 38/12: **PersG als USt-Organgesellschaften?**
- BFH v. 12.12.2013 – X R 39/10: **Erlass ESt wegen Sanierungsgewinn**
- BFH v. 18.12.2013 – VII B 40/13: **Insolvenzplan ↔ Widerruf StB-Bestellung**
- BFH v. 20.12.2013 – II E 18/12: **Kosten Revision ↔ Masseverbindlichkeit**
- BFH v. 28.01.2014 – VII R 34/12: **Haftung § 74 AO ↔ Aufrechnung USt-Vergütung (-)**
- BFH v. 05.02.2014 – I R 34/12: **Bilanzierung von Verb. ↔ Liquidationsbilanz?**
- BGH v. 06.02.2014 – IX ZR 53/13 **Haftung des Steuerberaters ↔ Insolvenz**
- BFH v. 19.02.2014 – V S 33/13 (PKH): **PKH für IV ↔ Anwendung § 55 Abs. 4 InsO**
- BFH v. 26.02.2014 – II R 36/12: **Wegfall Begünstigung gem. § 13a V Nr. 1 ErbStG**
- BFH v. 26.02.2014 – I R 59/12: **Mindestbesteuerung § 10d EStG ↔ Insolvenz ↔ GG?**

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz

- BFH v. 27.02.2014 – V R 21/11: Prozessführungsbefugnis Eigenverwaltung IS
- BFH v. 06.03.2014 – VII S 47/13 (PKH): **Freigabe Tätigkeit** ↔ **Zuordnung ESt-Erstattung**
- BFH v. 11.03.2014 – V B 61/13: **§ 17 UStG** ↔ **vorinsolvenzrechtl. Bereich**
- BFH v. 13.03.2014 – V B 47/13: **Verhältnis USt-VA** ↔ **Jahr** ↔ **§ 13c UStG**
- BGH v. 13.3.2014 – IX ZR 23/10: **Haftung StB bei unterlassenem Hinweis auf den „Sanierungserlass“**
- BGH v. 13.3.2014 – IX ZB 204/11: **Kosten für ESt-Steuererklärung** ↔ **Vergütung**
- BFH v. 19.03.2014 – V B 14/14: **Ende USt-Organschaft auch mit Insolvenz OT**
- BFH v. 21.03.2014 – VII B 214/12: **Anspruch auf Investitionszulage – Aufrechnung**
- BFH v. 25.03.2014 – XI B 127/13: **(wegfallende) USt-Organschaft** ↔ **Beiladung**
vgl. auch BFH v. 19.12.2013 – V R 5/12

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz

- BVerfG v. 01.04.2014 – 2 BvL 2/09: Rückwirkung § 8 Abs. 4 KStG a.F.?
- BFH v. 23.04.2014 – VII R 28/13: Haftung GmbH-GF gem. § 69 AO bei Nichtabgabe
- BFH v. 24.04.2014 – IV R 18/10: Atypisch stille Gesellschaft ↔ Einlage Forderung
- BFH v. 24.04.2014 – IV R 34/10: GewSt: Verlustnutzung atypisch stille G.
- BFH v. 06.05.2014 – IX R 44/13: § 17 EStG ↔ Verzicht „Kleinanlegerprivileg“
- BFH v. 07.05.2014 – I R 81/12: Zwischenveranlagung (§ 11 KStG) ↔ Insolvenz
- BFH v. 07.05.2014 – X 19/11: TW-Abschr. GmbH-Anteile ↔ Sanierungszuschüsse
- BFH v. 20.05.2014 – VII R 12/12: Mittelvorsorgepflicht des Geschäftsführers im Rahmen der Haftung gem. § 69 AO
- BFH v. 20.05.2014 – VII B 147/13: Nichtigkeit Leistungsgebot ≠ Nichtigkeit Maßn.
- BFH v. 17.06.2014 – IV B 184/13: Insolvenz Beigeladener (MUer) ↔ Folgen NZB
- BFH v. 24.06.2014 – VIII R 54/19: Sinngemäße Anwendung des § 32a KStG bei Insolvenz der GmbH für ESt-Bescheid?
- BFH v. 30.06.2014 – II S 2/14: Billigkeitserlass ↔ § 23 ErbStG ↔ Insolvenz

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz

- BFH v. 01.07.2014 – IX R 47/13: § 17 EStG ↔ insolvenzfremde Liquidation
- BFH v. 03.07.2014 – V R 32/13: Uneinbringlichkeit Vorsteuer ↔ Organschaft
- BFH v. 28.07.2014 – I B 21/13: Insolvenz GmbH ↔ Beiladung AE bei vGA?
- BFH v. 26.08.2014 – VII R 16/13: Insolvenz OG ↔ Vollstreckung bei OG ↔ Anfechtung durch IV ↔ Minderung USt ↔ Erstattungsanspruch OT? ↔ Treu und Glauben
- BFH v. 27.08.2014 – VIII R 6/12: Einkünfte „Insolvenzverwalter-GbR“?
- BFH v. 16.09.2014 – II B 52/14: Übergang KfzSt auf Hauptzollamt ↔ Folgen?
- BFH v. 24.09.2014 – V R 48/13: § 55 Abs. 4 InsO ↔ Forderungseinzug
- BGH v. 25.09.2014 – IX ZR 199/13: Sorgfaltspflichten StB bei Änderung BFH-Rspr.
- BFH v. 08.10.2014 – X B 24/14: Sanierungsgewinn bei PersG ↔ §§ 179 ff. AO
- BGH v. 14.10.2014 – II ZB 20/13: Änderung Geschäftsjahr in der Insolvenz durch IV, wenn zurück zum Geschäftsjahr lt. Satzung

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz

- BFH v. 22.10.2014 – II R 4/14: Ausfall Rentenzahlung ↔ § 23 ErbStG, § 163 AO
- BFH v. 22.10.2014 – I R 39/13: rkr. Insolvenzplan ↔ keine Änderung KSt
- BFH v. 26.11.2014 – VII R 32/13: Zuordnung ESt-Erstattung bei Freigabe
- BFH v. 03.12.2014 – IX B 390/14: Zeitpunkt Verlust § 17 EStG bei Insolvenz GmbH
- BFH v. 09.12.2014 – X R 12/12: Zeitpunkt Betriebsaufgabe ↔ § 55 Abs. 1 InsO
- BFH v. 18.12.2014 – X B 89/14: Insolvenz PersG und MÜer ↔ § 55 Abs. 1 InsO
- BGH v. 05.02.2015 – IX ZR 211/13: Liquiditätsbilanz (§ 17 InsO) ≠ Handelsbilanz
- BFH v. 22.01.2015 – IV R 38/10: Zurechnung Ertrag aus Forderungsverzicht bei Gesellschafterwechsel in einer PersG
- BFH v. 22.01.2015 – IV R 62/11 Klagebefugnis bei Vollbeendigung einer PersG
- OLG Rostock v. 28.1.2015 – 6 U/14: Akteneinsicht beim FA aus § 1 Abs. 2 IFG M-V
- BFH v. 10.02.2015 – IX R 23/14: ESt bei Zwangsverwaltung ≠ § 55 InsO

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz

- BFH v. 10.02.2015 – IX R 18/14: Verlust i.S.d. § 17 EStG ↔ § 173 Abs. 1 Nr. 2 AO; bei Eingabefehler des StB „schlichtes Vergessen des Übertrags“ liegt kein grobes Verschulden vor!
- BFH v. 24.02.2015 – VII R 27/14: Zuordnung ESt-Erstattung ohne Freigabe
- BGH v. 05.03.2015 – IX ZR 133/14: Folgen qualifizierte Rangrücktrittsvereinbarung
- BFH v. 24.03.2015 – X B 127/14: Inhaltliche Ausgestaltung Sanierungskonzept
- BFH v. 25.03.2015 – X R 23/13: Forderungsverzicht ↔ „Sanierungsgewinn“ ↔ Sanierungserlass v. 27.3.2003 ↔ Vorlage GrS
- BFH v. 14.04.2015 – VII B 149/14: Abrechnungsbescheid an Ehegatten
- BFH v. 14.04.2015 – IX R 17/14: Feststellung Verlustvortrag ↔ § 181 Abs. 5 AO
- BFH v. 15.04.2015 – V R 44/14: Vorsteuerabzug aus Rechnung des IV
- BFH v. 16.04.2015 – III R 21/11: ESt: gewerbliche Tätigkeit nach Insolvenzeröffnung ↔ keine Freigabe ↔ IV zieht BE zur Masse = Masseverbindlichkeiten
- BFH v. 22.04.2015 – XI R 43/11: Haftung gem. § 69 AO ↔ § 166 AO ↔ § 164 AO

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz

- **BGH v. 28.4.2015 – II ZB 13/14:** Fortsetzung GmbH bei Auflösung durch Insolvenz?
- **BGH v. 30.04.2015 – IX ZR 196/13:** Rückgewähr Gesellschafterdarlehen - § 135 InsO
- **BGH v. 07.05.2015 – IX ZR 186/14:** Keine Pflicht des StB auf Regressanspruch gegen Vorberater hinzuweisen
- **BFH v. 07.05.2015 – VI R 55/14:** **ESt: Darlehensverlust als WK bei GmbH-GF?**
- **BVerfG v. 11.05.2015 – 1 BvR 741/14:** **§ 89 AO - § 163 AO - § 8 Abs. 4 KStG ↔ Art. 3 I GG**
- **BFH v. 12.05.2015 – IX R 57/13:** **ESt: Aktienveräußerung amerik. Insolvenzplan**
- **OVG NRW v. 12.05.2015 – 14 B 393/15:** Haftung gem. des GmbH-GF bei Insolvenz
- **BFH v. 16.6.2015 – IX R 28/14:** **§ 17 EStG bei Insolvenz einer GmbH**
- **BFH v. 23.06.2015 – III R 26/12:** Insolvenzeröffnung im Revisionsverfahren (Abgrenzung Aktiv- und Passivprozess)

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz

- BFH v. 08.07.2015 – VI R 77/14: **ESt: Insolvenz ArbG – WK des AN bei Bürgschaft?**
- BFH v. 16.07.2015 – III R 32/13: **ESt aus Anteil an PersG ↔ § 55 InsO**
- BFH v. 18.08.2015 – VII R 24/13: **Kenntnis des FA von Insolvenz ↔ § 82 InsO**
- BFH v. 18.08.2015 – VII R 29/14: **Insolvenzrechtliches Aufrechnungsverbot bei antragsabhängigem Erstattungsanspruch**
- BFH v. 18.08.2015 – V R 39/14: **Insolvenzeröffnung im Klageverfahren (Verhältnis Aufnahme Rechtsstreit und Umwandlung des Anfechtungsverfahrens in ein Insolvenzfeststellungsverfahren; Abrenzung § 251 Abs. 3 AO)**
- BFH v. 03.09.2015 – VI R 58/13: **ESt: Insolvenz ArbG – WK des AN bei Bürgschaft?**
- BFH v. 15.09.2015 – VII B 164/14: **Entlastung Energiesteuer bei Forderungsausfall**
- BFH v. 16.09.2015 – VII R 47/13: **Freigabe eines Revisionsverfahrens, § 14c Abs. 2 UStG; Abgrenzung Aktiv- und Passivprozess**

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz

- **BFH v. 01.10.2015 – X B 71/15:** **ESt: Keine Betriebsaufgabe allein durch Stellung des Insolvenzantrags**
- **BFH v. 12.10.2015 – VIII B 143/14:** **Anrechnung von KapESt im Nachlassinsolvenzverfahren**
- **BFH v. 13.10.2015 – IX R 41/14:** **§ 17 EStG Zeitpunkt bei Insolvenz einer GmbH**
- **BFH v. 21.10.2015 – XI R 28/14:** **Vorsteuerabzug aus Rechnung des Nachlass-IV**
- **BFH v. 10.11.2015 – VII B 91/15:** **Mandatsniederlegung im Verfahren des Widerrufs der StB-Zulassung bei Insolvenz des StB**
- **BFH v. 11.11.2015 – VII B 69/15:** **§ 69 AO bei Verkennung der Aufrechnungslage durch das FA**
- **BFH v. 11.11.2015 – VII B 57/15:** **§ 69 AO ↔ Grundsatz der anteiligen Tilgung für eine Kpl-GmbH einer GmbH & Co. KG?**
- **BFH v. 11.11.2015 – VII B 74/15:** **§ 69 AO: Mittelvorsorgepflicht des GmbH-GF**
- **BFH v. 18.11.2015 – II B 33/15:** **§ 16 GrEStG im Nachlassinsolvenzverfahren einer Erbengemeinschaft**

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz

- OVG NRW v. 24.11.2015 – 8 A 1073/14: Anspruch des IV auf Kontoauszug (IFG NRW)
- BFH v. 25.11.2015 – I R 85/13: RS (vermeintl.) gewstl. Organschaft ↔ Insolvenz
- BFH v. 02.12.2015 – V R 15/15: Vorsteuerabzug aus Rechnung des IV
- BFH v. 16.12.2015 – XI R 28/13: § 13c UStG beim sog. echten Factoring
- BFH v. 02.12.2015 – V R 25/13: USt-Organschaft mit Tochterpersonengesellschaft
- BFH v. 02.12.2015 – V R 36/13: § 1 Abs. 1a UStG bei Betriebsaufspaltung
- BFH v. 02.12.2015 – V R 67/14: Keine USt-Organschaft mit Nichtunternehmer
- BFH v. 02.12.2015 – V R 12/14: USt-Organschaft: Eingliederungsvoraussetzung
- BFH v. 02.12.2015 – V R 15/14: USt-Organschaft: Eingliederungsvoraussetzung
- BFH v. 19.01.2016 – XI R 38/12: USt-Organschaft mit Tochterpersonengesellschaft
- LG Gött. v. 19.01.2016 – 5 Qs 3/15: Anfechtung einer Geldstrafe wegen § 370 AO
- BFH v. 20.01.2016 – II R 34/14: ErbSt im Nachlassinsolvenzverfahren
- BGH v. 21.01.2016 – IX ZR 32/14: Anfechtung gem. § 133 InsO gegen das FA!

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz

- OVG NRW v. 29.01.2016 – 4 B 752/15: Gewerbeuntersagung wegen Steuerschulden
- BFH v. 26.01.2016 – VII R 3/15: Haftung gem. § 69 AO ↔ Folgen Anfechtung IV
- BFH v. 27.01.2016 – VII B 119/15: Keine Anerkennung ausl. InsO-Verf. bei Missbrauch
- BFH v. 02.02.2016 – X R 25/12: BA-Abzug ↔ Oder-Konto (Ehegatten) ↔ Insolvenz
- BFH v. 03.02.2016 – I R 21/14: Realisierung KSt-Guthaben ↔ Liquidation
- BFH v. 04.02.2016 – III R 12/14: Einkünfte IV § 18 EStG ↔ Folgen § 32c EStG a.F.
- EuG v. 04.02.2016 – T-287/11: § 8c Abs. 1a KStG ↔ unionsrechtswidrige Beihilfe
- BFH v. 01.03.2016 – XI R 21/14: Forderungseinzug durch „starken“ vorl. IV
- BFH v. 09.03.2016 – V B 82/15: Rücknahme Steuererlass ↔ Lottogewinn
- BFH v. 10.03.2016 – IX B 135/15: Einlegung NZB ↔ GmbH i.L. ohne Liquidator
- BFH v. 16.03.2016 – V B 41/15: Forderungsfeststellung ↔ Aufnahme Einspruchsverf.
- BFH v. 24.03.2016 – IX B 6/15: Zeitpunkt Auflösungsverlust i.S.d. § 17 EStG

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz

- BGH v. 24.03.2016 – IX ZR 157/14: Eigenverwaltung ↔ § 270b Abs. 3 InsO
- BGH v. 24.03.2016 – IX ZR 242/13: Anfechtung gem. § 133 InsO ↔ Ratenzahlung
- BFH v. 29.03.2016 – VII E 10/15: Gerichtskostenansatz bei Masseunzulänglichkeit
- BFH v. 06.04.2016 – I R 19/14: Haftung gem. § 75 AO bei Firmenfortführung
- EuGH v. 07.04.2016 – C-546/14: Unionsrecht zur USt in der Insolvenz (Italien)
- BFH v. 26.04.2016 – I B 77/15: Tatsächliche Durchführung eines EAV (§ 14 KStG)
- BGH v. 05.04.2016 – II ZR 62/15: KapESt bei PersG ↔ Erstattung an die Masse
- BFH v. 11.05.2016 – X R 15/15: Betriebsaufgabe „Liebhabereibetrieb“
- BFH v. 12.05.2016 – II R 39/14: Keine Änderung der GrESt bei Insolvenz Käufer
- BFH v. 01.06.2016 – XI R 17/11: GmbH & Co. KG als OrganG ↔ Divergenz zum V. Senat?
- BFH v. 01.06.2016 – X R 26/14: Anteil an PersG ↔ § 55 InsO ↔ Folgen ESt
- BFH v. 02.06.2016 – IV R 39/13: Ausübung Wahlrecht Wechsel der Gewinnermittlung

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz

- OLG St. v. 07.06.2016 – 14 U 24/16: **Kein Anspruch des Kdt. auf Erstattung ESt-VZ in der Insolvenz der KG gegen IV der KG**
- BFH v. 14.06.2016 – VII B 47/15: **Ausübung Wahlrecht Wechsel der Veranlagungsart**
- BFH v. 14.06.2016 – VII R 20/14: **Haftung gem. § 69 AO ↔ Tilgungsquote**
- BFH v. 15.06.2016 – VI R 6/13: **Gehaltsverzicht Gesellschafter-GF ↔ verd. Einlage**
- BFH v. 14.07.2016 – IX B 142/5: **Einkünftefeststellung bei Nachlassinsolvenz**
- OLG Thür. v. 22.06.2016 – 7 U 753/15: **Eigenverwaltung ≠ § 55 Abs. 4 InsO**
- BFH v. 03.08.2016 – X R 25/14: **Anteil an PersG ↔ § 55 InsO ↔ Folgen ESt**
- BFH v. 04.08.2016 – VI R 47/13: **Vergütung Treuhänder ≠ WK oder ag Belastung**
- BFH v. 10.08.2016 – I R 25/15: **Rangrücktritt ↔ § 5 Abs. 2a EStG ab 31.12.2002**
- BFH v. 17.08.2016 – VII B 59/16: **Insolvenz StB nach engl. Recht ↔ Vermögensverfall**
- BFH v. 18.08.2016 – VI R 46/13: **Übernahme Pensionsverpfl. ↔ AL für GmbH-GF?**

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz

- BFH v. 24.08.2016 – V R 36/15: (wegfallende) **Organschaft vor der Insolvenz** ↔ **Folgen für die Rückabwicklung?**
- BFH v. 06.09.2016 – V B 52/16: **Forderungseinzug nach Insolvenzeröffnung für Ausgangsleistungen vor Insolvenzeröffnung**
- BFH v. 07.09.2016 – IV R 31/13: **Ende der sachlichen Gewerbesteuerpflicht (PersG)**
Gewerbesteuermessbescheid ↔ Verlustfeststellung
- BFH v. 20.09.2016 – VII R 10/15: **Nachtragsverteilung** ↔ **ESt-Erstattungsanspruch**
- BFH v. 20.09.2016 – X R 36/15: **Zweistufige Prüfung von Haftungstatbeständen**
- BFH v. 21.09.2016 – V R 24/15: **Organschaft** ↔ **Änderung gem. § 174 AO?**
- BGH v. 22.09.2016 – IX ZB 71/14: **Aufgaben des vorläufigen Sachwalters (Vergütung)**
- BFH v. 08.11.2016 – VII R 34/15: **„Erstattung“ § 14c II UStG** ↔ **§ 96 Abs. 1 Nr. 1 InsO**
- BFH v. 28.11.2016 – GrS 1/15: **Sanierungserlass ist rechtswidrig, da kein Gesetz;**
keine Aussage zur unionsrechtlichen Beihilfe-
problematik vom GrS

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz

- BFH v. 05.12.2016 – VI B 37/16: Akteineinsicht gem. § 4 IFG NRW ≠ AO-Anspruch
- FG Ddorf v. 12.12.2016 – 6 K 4464/12: Haftung gem. § 73 AO ↔ Ermessensergänzung
- BFH v. 13.12.2016 – V B 36/16: Widerspruch zur Forderungsanmeldung durch IV, Folgen für ein anhängiges Klageverfahren, wenn das FA gleichwohl Feststellungsbescheid erläßt
- BFH v. 15.12.2016 – V R 26/16: **Folgen der Insolvenzanfechtung für den Vorsteuerabzug aus einer Eingangsleistung vor Eröffnung: Masseverbindlichkeit der Vorsteuerberichtigung (§ 17 II Nr. 1 S. 2 UStG)**
- BFH v. 15.12.2016 – V R 14/16: **USt-Organschaft ↔ Eigenverwaltung für OT u. OG**
- LG Bonn v. 22.12.2016 – 27 Qs 23/16: Durchsuchung beim IV gem. § 103 StPO: „äußerste Zurückhaltung“, da unabhängige Stellung inne
- BFH v. 31.01.2017 – V B 14/16: Beschwerde gegen abgelehnte AdV – Wegfall des Rechtsschutzbedürfnisses im Insolvenzfall

Aktuelles zur Besteuerung in der Krise / Insolvenz

- BGH v. 26.01.2017 – IX ZR 285/14: Prüfung Going Concern durch StB in der HB (!)
- FG MS v. 26.01.2017 – 5 K 3730/14 U: **§ 55 Abs. 4 InsO** ↔ keine Anwendung auf „Erstattung“
- BFH v. 31.01.2017 – V B 14/16: Beschwerde gegen abgelehnte AdV – Wegfall des Rechtsschutzbedürfnisses im Insolvenzfall
- BFH v. 23.02.2017 – V R 16, 24/16: **Korrektur der USt in Bauträgerfällen**
- BGH v. 09.03.2017 – IX ZR 177/15: **“Freigabe“ in der Eigenverwaltung möglich?**
- EuGH v. 16.3.2017 – Rs C-493/15: **Erläss der USt bei RSB (Italien) keine Beihilfe!**